



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 885 890

P/XI/237 - 13. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

SPD und "New York Times"	S. 1
Sozialreform nicht ernst genommen	S. 2
Die 2. Asiatische Sozialistische Konferenz	S. 3
Für welche "Solidarität" sammelt der Bergbau?	S. 5

Wer hat Illusionen?

sp. In einer ihrer letzten Ausgaben spendet die "New York Times" der SPD hohes Lob: ihr demokratisches Bekenntnis sei nicht anzuzweifeln, nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg habe sie grossen Anteil daran gehabt, dass der Kommunismus in Deutschland scheiterte.

Aber diese Anerkennung umhüllt nur freundlich unwilliges Erstaunen und Tadel zur gegenwärtigen SPD-Politik: sie schlage einen für die europäische Demokratie gefährlichen Kurs ein, denn sie erwarte, dass die Russen über die deutsche Einheit verhandeln würden, wenn man ihnen einen Preis dafür bezahlt. Gerade dadurch aber würden Fortschritte in dieser Frage verhindert, da die Russen solange keinen Grund zu Zugeständnissen hätten, als sie auf eine "willfährigere" sozialdemokratische Regierung in Deutschland hoffen könnten - willfähriger als die Regierung Adenauer sei, ist gemeint.

Nun ist es schon kaum noch ein Irrtum, wenn eine so gut unterrichtete Zeitung so tut, als sei nur die deutsche Sozialdemokratie der Meinung, die deutsche Einheit könne ohne einen Preis, den man der Sowjetunion anbietet, erreicht werden. Politiker und Publizisten aus allen Lagern in vielen Ländern sind dieser Auffassung. Wo in der Politik kommt man, will man etwas erreichen, ohne Preis aus? Man sollte darüber kein Wort verlieren. Die "New York Times" hingegen meint offenbar, dadurch, dass man die Frage des Preises in die Debatte wirft, verhärte man den russischen Standpunkt nur.

Die logische Folge dieser Einstellung müsste sein: keinen Preis nennen oder erkunden wollen, weil dadurch nur der Appetit Moskaus geweckt würde, immer mehr zu verlangen. Stattdessen: Stärke zeigen und abwarten, bis diese Demonstration die Russen zur freiwilligen Gratisherausgabe des Teiles Deutschlands veranlasst, auf dem ihre Hand liegt. Wenn etwas utopisch ist, dann ist es diese Erwartung. Dies sollte man gerade in den USA einsehen, wo man immer wieder vor Illusionen im Umgang mit den Sowjets warnt.

Deshalb drängt sich ein Verdacht auf: Ob die "New York Times" mit ihrer Empfehlung, wenigstens im Falle Deutschland zur Politik der reinen Stärke zurückzukehren, letzten Endes nicht die Wiedervereinigung fördern, sondern den Status Quo untermauern will? In der kürzlichen

Publikation einer hochangesehenen amerikanischen Forschungsgesellschaft in Washington, "American Foreign Policy 1945/55", liess es:

"Obwohl also das deutsche Problem auf der Oberfläche unverändert geblieben ist, war die kennzeichnende Entwicklung die einer Sicherheit aufgrund des Status quo in Europa. Diese Entwicklung wurde in Gerf 1955 deutlich sichtbar. Zur selben Zeit wurde so deutlich, wie solche Dinge eben klargesellt werden können (! d.Red.), dass der Status quo, wenn auch nicht erwünscht, so doch für beide Seiten erträglich ist - zum mindesten erträglichler als die Kosten eines Versuches, ihn zu ändern."

Dass die SPD gegen eine solche Politik mit allen Kräften angeht, ist ihr legitimes Recht und ihre Pflicht als grosse politische Kraft in Deutschland.

* * *

Sozialreform endgültig abgeschlossen ?

sp. Angesichts der massiven Kritik gegen die Rentenreformpläne der Bundesregierung aus Kreisen der Banken, Versicherungen und Sparkassen, erschien es begreiflich, wenn der für diese Reform zuständige Bundesminister für Arbeit, Storch, sich in seinen Ausführungen vor dem DGB-Kongress in Hamburg energisch gegen "Quertreibereien anderer" zur Wehr setzte. Wie so oft in der Vergangenheit waren die Ausführungen Storchs nichts anderes als eine verweilte Flucht in die Öffentlichkeit. Sie vermittelten zugleich ein ansehnliches Bild von den wahren Absichten der Regierung Adenauers, die bisher diese Quertreibereien offiziell nicht zurückgewiesen hat.

Keine zehn Tage sind seit diesem Protest Storch's vergangen. Jetzt wird in Zusammenhang mit der geplanten Kabinettsreform davon gesprochen, dass dieser Minister die Rentenreform zwar zu Ende bringen, aber dann in Ehren abgelöst werden sollte.

Erst vier Wochen, nachdem die SPD im April dieses Jahres die Initiative ergriff und dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Rentenversicherung als ersten Schritt zu einer umfassenden Sozialreform vorlegte, trat die Regierung Adenauer mit einem zudem völlig unzureichenden Entwurf an die Öffentlichkeit. Der Entwurf der Regierung ist, wie leider bekannt, alles andere als ein erster Schritt zu einer umfassenden Sozialreform. Dr. Adenauer ist an einer solchen Sozialreform nichts gelegen. Wie anders soll man es verstehen, wenn es heisst, der amtierende Arbeitsminister solle die Rentenreform noch zu Ende führen und dann gehen?

Die Absicht, anstelle des Minister Storch den geschiederten Verteidigungsminister mit dem Amt des Arbeitsministers zu beauftragen, entspringt vielleicht der Vorstellung Dr. Adenauers, für die Sozialreform genüge ein offensichtlich schwacher Mann. Gleichgültig, ob diese Regelung einmal getroffen wird, dürfte schon heute feststehen, dass die ohnehin unzureichende Rentenreform zwar zu Ende geführt, die umfassende Sozialreform aber endgültig auf den St.-Nimmerleinstag verschoben werden soll.

* * *

Ollenhauer für die Internationale in Bombay

H.P. Wenn der Vorsitzende der SPD am 28. Oktober in Düsseldorf die DC6 Maschine der SAS besteigen wird, um nach Asien zu fliegen, wird er damit ein Versprechen einlösen, das er schon vielen asiatischen Staatsmännern und Freunden gegeben hat. Diese haben ihn schon seit langem gedrängt, die asiatischen Länder zu besuchen. Nun bietet sich eine besonders günstige Gelegenheit, vor einem grossen Forum vieler wichtiger asiatischer Persönlichkeiten zu sprechen. Am 1. November wird in Bombay die 2. Konferenz der Asiatischen Sozialisten stattfinden. Sie soll zehn Tage dauern. Erich Ollenhauer wird in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale zusammen mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Adolf Schürf, die Sozialistische Internationale vertreten.

Die 1. Asiatische Sozialistische Konferenz fand im Jahre 1953 in Rangoon statt. Zehn asiatische Sozialistische Parteien und eine grosse Reihe von Organisationen Asiens und Afrikas hatten sich zusammengesunden, um ihre Probleme vom sozialistischen Standpunkt aus zu behandeln. Heute umfasst diese Gruppe von Parteien schon eine Anzahl wichtiger anderer Organisationen und spielt im asiatischen Raum eine grosse Rolle. Freilich sind nicht alle sozialistischen Parteien des Nahen- oder Fernen Ostens vergleichbar mit den traditionellen sozialdemokratischen Parteien in Europa. Ihre Struktur, bedingt durch die verschiedene Entstehung dieser Parteien, ist wesentlich anders, ebenso ihre Aufgabenstellung. Viele Parteien, wie etwa die Kongress-Partei Indiens, nennen sich nicht sozialistisch, wenngleich auch in ihren Reihen viele Menschen organisiert sind, die sich selbst als sozialistisch im weiteren Sinne des Wortes bezeichnen. Allen gemeinsam ist aber das Bedürfnis, das Gewicht dieser unabhängigen Nationen in die Waagschale der Politik zu werfen und sich das Gehör der Grossmächte zu verschaffen. Allen gemeinsam ist auch das Bemühen, aus dem Stadium wirtschaftlichen Rückstands herauszukommen und den Lebensstandard ihrer Länder zu heben.

Deshalb wird sich auch die 2. Asiatische Konferenz in Bombay mit einer Reihe von Wirtschaftsproblemen befassen, wie der Schaffung eines asiatischen Wirtschaftsplans, einer asiatischen Zahlungsunion sowie Problemen der Bodenreform, der Handelspolitik und auch der Realisierung von SUNDFED, der Sonderorganisation für wirtschaftliche

Entwicklung im Rahmen der Vereinten Nationen. Daneben werden politische Probleme eine wichtige Rolle spielen, wie etwa die Ausarbeitung eines Programms für Freiheit vom Kolonialismus sowie die Revision der UN-Charter und andere Fragen.

Etwa 150 Delegierte, die sozialistische Parteien aus 23 asiatischen und afrikanischen Ländern vertreten, werden auf der Konferenz erwartet. Den Vorsitz wird der Ministerpräsident von Burma, U Ba Swe, übernehmen, der 1953 zum Präsidenten der Asiatischen Sozialistischen Konferenz gewählt wurde. Die gastgebende indische Sozialistische Partei wird von Jayaprakash Narayan geführt, der neben Nehru eine der stärksten Persönlichkeiten des indischen Lebens ist und die letzten Jahre der Ehoodan-Bewegung (Landeserhebungsbewegung) gewidmet hat. Aber auch die anderen Delegationen werden von bekannten Persönlichkeiten geführt. So werden die Ministerpräsidenten von Ceylon, Bandaraneike, der Ministerpräsident von Nigeria, Dr. Azikiwe, der Ministerpräsident von Sudan, Abdulla Khalil, Dr. Sjahrir, der frühere Ministerpräsident von Indonesien und Vorsitzender der Sozialistischen Partei sowie der frühere indonesische Finanzminister Sumitro ihre Parteien vertreten. Die japanische Delegation wird von Asanuma, dem Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, geleitet. Von Israel kommt der frühere Außenminister Moshe Sharett, der eine führende Rolle in der Arbeiterpartei (MAPAI), der Regierungspartei, spielt. Auch der Vertreter der Arbeiterpartei in Singapur, David Marshall, der kürzlich wegen der Unabhängigkeit seines Landes in England verhandelte und beim Scheitern der Verhandlungen als Vorsitzender des Ministerrats zurücktrat, wird in Bombay anwesend sein. Aus Nepal kommt als Vertreter der nepalesischen Kongresspartei der frühere Innenminister und jetzige Sekretär der Sozialistischen Partei B.P. Koirala.

Allein die Aufzählung dieser Namen zeigt, dass wir es hier mit einem wichtigen Gremium zu tun haben. Daneben werden sozialistische Parteien und Gruppen aus Pakistan, Korea, Hongkong, Vietnam, Libanon, Tunis und Syrien vertreten sein. Als Gastdelegierte werden ausserdem Mme. Therese Casgrain, die stellvertretende Vorsitzende der Commonwealth Cooperative Federation von Kanada sowie F. Klein, der Vorsitzende der sozialistischen Partei Chiles in Bombay erwartet.

Die Asiatische Sozialistische Konferenz hat sich zur Aufgabe gestellt, nicht nur die Organisation der asiatischen Sozialisten - 5 -

und auch ihr Verhältnis untereinander zu stärken, sondern auch ihre Beziehungen zu den anderen sozialistischen Parteien enger zu gestalten. Die Sozialistische Internationale ist sich mit den asiatischen Sozialisten darüber einig, dass ein Zusammenschluss beider Organisationen erfolgen muss. Allerdings wird von beiden Seiten anerkannt, dass diesen Zusammenschluss heute noch grosse psychologische Hindernisse im Wege stehen. Von keiner Seite will man daher heute den Versuch unternehmen, die Organisationen zu einem sofortigen Zusammenschluss zu drängen. Dieser muss sorgsam vorbereitet werden und warten, bis der jetzt noch vorhandene Gegensatz zwischen Auffassungen einiger europäischer und asiatischer Parteien wirklich gegenstandslos geworden ist. Erst dann wird das Ziel aller Sozialisten Wirklichkeit werden, das lautet: Die Internationale umspanne die ganze Welt!

* * *

Wahlhilfe für die Regierung - Kampffonds gegen die Gewerkschaften

Man schreibt uns:

Der Unternehmensverband Bergbau hat beschlossen, einen "Solidaritätsfonds" zu bilden. Je Tonne Jahresförderung hat jede Mitgliedereiche 5 Pfg. abzuführen. Man rechnet mit einem Gesamtbetrag von 6 Mio DM.

Der Unternehmensverband hat bisher keine weitere Erläuterung zu diesem einigermaßen überraschenden Schritt gegeben. Schliesslich soll wohl der Name bezeugen, dass es sich um eine gegen die Gewerkschaften gerichtete Massnahme handelt, denn gegen wen sollte sich sonst die Solidarität der Unternehmer richten können? Der Entschluss überrascht schon deshalb, weil er von Unternehmen gefasst worden ist, in deren Aufsichtsräten und Vorständen die Gewerkschaften nach dem Mitbestimmungsgesetz vertreten sind. Sind diese gefragt worden?

Sehen wir einmal davon ab, dass bei der angeblich so angespannten Ertragslage des Bergbaus 5 Pfg. je Tonne ein ganz немалый Betrag sind, und z.B. für die bundeseigene Gesellschaft "Hibernia" schon eine Summe von über einer halben Mio DM bedeuten, so drängt sich die Frage auf, ob der Begriff der "Solidarität" nicht doch sehr auslegungsfähig ist. Sollte darunter etwa auch die Unterstützung Adenauers und der CDU

im kommenden Wahlkampf vorstanden werden?

Adenauer macht zur Zeit aus rein wahltaktischen Überlegungen noch Schwierigkeiten, der Stahl- und Kohlewirtschaft die^{es}forderten Mehrpreise zuzubilligen. Der Bergbau hat erklärt, er werde das Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung erst in Kraft setzen, wenn der Kohlenpreis gebilligt ist, nun muss aber die Gewerkschaft Bergbau bis zum 31. Dez. d.J. auch bei der bisherigen Arbeitszeit stillhalten, denn so lange läuft der Rohmentarif. Sie kann aber die Bergleute nach dem 1.1.57 nicht mehr zurückhalten, wenn das neue Übereinkommen noch nicht in Kraft getreten sein sollte. Und dann könnte eventuell Streik drohen.

Mitten im Winter würde dann also ein Förderausfall eintreten, und man darf sicher sein, dass davon zuerst der Hausbrand betroffen werden würde. Die Industrie hat vorgesorgt und heute bereits 50 % mehr Kohle auf ihren Lagern als vor einem Jahr. Ist das die Situation, auf die man mit der Einhalte-Politik in Essen und Bonn hinsteuert, um dann den frierenden Wählern sagen zu können: Seht ihr, die Gewerkschaft (und die SPD) sind schuld! In einer solchen Situation sind 6 Mio DM Solidaritätsfonds ein politisch und propagandistisch äußerst wirksames Mittel.

So scheint der "Solidaritätsfonds" doppelten Zweck zu dienen: als Lohn, und zwar Wahlhilfe für die Regierungsparteien, sofern man die Preisforderungen der Zechen erfüllt oder als Kampffonds gegen die Gewerkschaften, wenn aus wahltaktischen Gründen die Preisforderungen keine Erfüllung finden, demzufolge das Arbeitszeitabkommen nicht in Kraft tritt und die Kumpel in Streik treten. Der Fonds ist also in jedem Falle gegen die Gewerkschaften gerichtet und für ihn ist im Kohlenpreis auch dann noch genügend Reserve, wenn, wie immer behauptet wird, die Zechen angeblich mit Verlust arbeiten.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau